

Germany-Bitburg: Installation services of measuring equipment

OJ S 151/2023 08/08/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm

Postal address: Trierer Str. 1

Town: Bitburg

NUTS code: DEB23 Eifelkreis Bitburg-Prüm

Postal code: 54634

Country: Germany

Contact person: Zentrale Vergabestelle

E-mail: vergabestelle@bitburg-pruem.de

Telephone: +49 6561/15-2390

Internet address(es):Main address: www.bitburg-pruem.de**I.3. Communication**The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E69491662>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E69491662>**I.4. Type of the contracting authority**

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Beschaffung und Installation der Sensorik sowie Einrichtung und Betrieb einer IoT-Plattform

II.1.2. Main CPV code

51210000 Installation services of measuring equipment

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Teilprojekt 1 des Hochwasser Infosystems "Digitale Hochwassermelder"

Beschaffung und Installation der Sensorik sowie Einrichtung und Betrieb der IoT-Plattform

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

38292000 Hydrographic instruments, 72000000 IT services: consulting, software development, Internet and support

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB23 Eifelkreis Bitburg-Prüm

Main site or place of performance: Eifelkreis Bitburg-Prüm

II.2.4. Description of the procurement

Beschaffung und Installation des Sensornetzwerkes (Sensoren, Montagebügel für die Befestigung an Brücken, ggf. LoRa-Gateways) sowie Einrichtung und Betrieb einer IoT-Plattform für das Hochwasser Infosystems "Digitale Hochwassermelder" im Rahmen des Modellprojektes "Smart Cities" im Eifelkreis Bitburg-Prüm

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Inhaltliche und zeitliche Darstellung des Projektes

(Umsetzungskonzept) / Weighting: 20 %

Quality criterion - Name: Beschreibung der Messstelleneinrichtung (Umsetzungskonzept) /

Weighting: 15 %

Quality criterion - Name: Beschreibung des Betriebes der IoT-Plattform (Umsetzungskonzept)

/ Weighting: 15 %

Quality criterion - Name: Übertragbarkeit der Gesamtlösung für andere Kommunen

(Umsetzungskonzept) / Weighting: 10 %

Quality criterion - Name: Service Konzept der IoT-Plattform Ebene / Weighting: 5 %

Quality criterion - Name: Qualifikationen und Referenzen des für den konkreten Auftrag

vorgesehenen Projektleiters und Stellvertreters / Weighting: 5 %

Price - Weighting: 30 %

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 29/09/2023 End: 28/09/2025

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Seitens des Auftraggebers kann der Auftrag bis zu 3 mal für jeweils 1 weiteres Jahr verlängert werden (maximale Gesamtlaufzeit 5 Jahre)

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13.

Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Bieter- oder Arbeitsgemeinschaften benennen einen bevollmächtigten Vertreter und haften im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB
- Eigenerklärung zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Bewerber oder Bieter haben je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats nachzuweisen oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachzuweisen. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) aufgeführt.

- Eigenerklärung zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Der Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung ist in Form einer Eigenerklärung möglich. Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Nachweis. Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl und wurden die Unterlagen und Nachweise nicht oder nicht vollständig mit dem Angebot vorgelegt, so sind diese auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der in der Aufforderung gesetzten Frist vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Eigenerklärung zur Eignung ganz oder in Teilen als ausreichenden Eignungsnachweis anzuerkennen.

Sofern der Bieter in einem amtlichen Präqualifizierungsverzeichnis eingetragen ist oder über eine Zertifizierung verfügt, die den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen, werden die im amtlichen Verzeichnis oder dem Zertifizierungssystem niedergelegten Unterlagen und Angaben vom öffentlichen Auftraggeber berücksichtigt, sofern der Bieter mit dem Angebot auf die Präqualifizierung hinweist und die erforderlichen Zugangsdaten übermittelt.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl und wurden die

Unterlagen und Nachweise nicht oder nicht vollständig mit dem Angebot vorgelegt, so sind diese nach Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

— zwei in Art und Komplexität vergleichbare Leistungen (Referenzen) im Bereich Sensorik und IoT; eine Referenzliste mit Angabe von Auftragssumme, Auftragszeitraum sowie Nennung des Auftraggebers mit Kontaktdaten ist dem Angebot beizufügen

- Erklärung falls bzgl. der Eignung andere Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe)

- Erklärung falls bzgl. Leistungen/Teilleistungen der Einsatz von Unterauftragnehmern geplant ist. Sofern Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden, ist eine Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen nach FB 236 vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Eigenerklärung zur Eignung ganz oder in Teilen als ausreichenden Eignungsnachweis anzuerkennen. Sofern der Bieter in einem amtlichen Präqualifizierungsverzeichnis eingetragen ist oder über eine Zertifizierung verfügt, die den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen, werden die im amtlichen Verzeichnis oder dem Zertifizierungssystem niedergelegten Unterlagen und Angaben vom öffentlichen Auftraggeber berücksichtigt, sofern der Bieter mit dem Angebot auf die Präqualifizierung hinweist und die erforderlichen Zugangsdaten übermittelt.

Die Eignung ist durch Eigenerklärungen nachzuweisen. Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

Im Falle einer Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung des entsprechenden Unternehmens vorzulegen. Bei Inanspruchnahme von Nachunternehmern sind auf Verlangen der Vergabestelle die Nachunternehmer zu benennen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl und wurden die Unterlagen und Nachweise nicht oder nicht vollständig mit dem Angebot vorgelegt, so sind diese nach Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen.

Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung erworben wurden, sind zugelassen.

Der Bieter hat die Eigenerklärungen in Bezug auf die Eignung und das Nichtbestehen von Ausschlussgründen für jeden der vorgesehenen Unterauftragnehmer vorzulegen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

2 vergleichbare Referenzen innerhalb der letzten 3 Jahre

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Siehe Vergabeunterlagen. Das rheinland-pfälzische Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG) in der aktuellen Fassung findet auf das Vergabeverfahren und den Vertrag Anwendung. Dem Angebot ist die Erklärung über die Einhaltung von Tariftreue und Mindestentgelt entsprechend der Regelungen dieses Gesetzes beizufügen. Entsprechende Mustererklärungen liegen den Vergabeunterlagen bei.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 05/09/2023 Local time: 10:30

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/10/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 05/09/2023 Local time: 10:30

Place:

Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg

Information about authorised persons and opening procedure: nur Vertreter des Auftraggebers

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

VI.3. Additional information

Mit dem Angebot ist eine Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dies umfasst folgendes:

- Erklärung, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt. z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen den Bewerber oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugeschädigung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit

gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurden.

- Erklärung, dass der Bewerber in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister oder Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden ist.

- Erklärung, dass der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Beitragspflicht unterfallen, nachgekommen wurde.

Der Nachweis des Nichtbestehens von Ausschlussgründen ist in Form einer Eigenerklärung möglich. Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" liegt den Vergabeunterlagen bei und enthält auch die o.g. Erklärungen. Sofern zutreffend sind Angaben zu Selbstreinigungsmaßnahmen zu machen.

Die Zuschlagsverbote nach Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 finden Anwendung. Mit dem Angebot ist eine Erklärung abzugeben, dass der Bieter nicht zu dem genannten Personenkreis gehört. Dies gilt in dem in Art. 5k genannten Umfang auch in Bezug auf Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Es wird empfohlen, die Vergabeunterlagen erst nach einer Registrierung und dem Login herunter zu laden. Wenn die Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen werden, erfolgt keine automatische Information per Email über evtl. Änderungen oder Bieterinformationen. Die Einholung dieser Informationen liegt dann in der Verantwortung des Bieters.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich und noch vor Abgabe des Angebotes die unter I.1) benannte Kontaktstelle darauf hinzuweisen. Die Bieter werden aufgefordert, frühzeitig und vorab ihre Fragen und Hinweise über das Vergabeportal (Bieterkommunikation) zu stellen. Fragen sollten bis spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gemäß IV.2.2) gestellt sein.

Von Bieterern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der Vergabestelle unverzüglich zu rügen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

Telephone: +49 613116-2234

Fax: +49 613116-2113

Internet address: www.mwvlw.rlp.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Entsprechend der Regelungen in § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

03/08/2023